

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 24 (1983)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Hammer + Sichel = Hakenkreuz : zur seinerzeitigen Aktionseinheit von Kommunisten und Nationalsozialisten : eine deutsche Stimme zu Hitlers Machtergreifung vor 50 Jahren  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093523>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Zur seinerzeitigen Aktionseinheit  
von Kommunisten  
und Nationalsozialisten

# Hammer + Sichel = Hakenkreuz

Eine deutsche Stimme  
zu Hitlers Machtergreifung  
vor 50 Jahren

Der angebliche Gegensatz von «Faschismus» und kommunistisch verstandenem Sozialismus ist eine Behauptung, die laut vorgetragen und ständig wiederholt wird. Falsch bleibt sie trotzdem. Wie wenig geheuer sie selbst ihren militanten Verfechtern ist, zeigt schon die Tatsache, dass sie sich nicht getrauen, Hitlers Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) bei ihrem sozialistischen Namen zu nennen, sondern «Hitlerfaschismus» sagen müssen, damit man nichts merkt.

Totalitarismus ist das, was Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus gemeinsam haben, und das wiederum ist der Grund dafür, dass viele Zeitgenossen das Wort «Totalitarismus» scheuen wie die Pest; sie vertragen die Bewusstmachung nicht.

Über die systembedingten Gleichheiten der Machtausübung hinaus hat es 1939 noch das historische Bündnis zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR gegeben. Doch damit nicht genug: Die Nationalsozialisten eroberten 1933 die Macht in Aktionseinheit mit den Kommunisten; das verbindende Element war der gemeinsame Hass auf die bourgeoise Demokratie der Weimarer Republik.

Diesem geschichtlichen Sachverhalt (in der westlichen Öffentlichkeit von heute weitgehend totgeschwiegen bis unterdrückt) hat der Deutsche Informationsdienst (DID) in Bonn am 30. Januar (dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung 1933) eine Sonderausgabe gewidmet. Wir drucken ihn in seinem zentralen Teil (und mit einigen kleinen Kürzungen) ab.

## «Rotlackierte Nazis»

Vor über 50 Jahren, im Zermürbungskrieg gegen die Weimarer Republik, verliefen die Fronten anders, als man sie heute darstellt. Da waren die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften die Hauptfeinde der deutschen Kommunisten, die sporadisch ihre «Aktionseinheits»-Partner bei einer ebenso antidemokratischen-antirepublikanischen Bewegung, bei den Nationalsozialisten, suchten – und hin und wieder auch fanden. Das wiederum änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass unzählige Kommunisten zu den allerersten Opfern der braunen Diktatur gehörten.

Hier ist nicht der Platz, ideologische und geistige Verwandtschaften, Parallelen, Ähnlichkeiten, Affinitäten zwischen totalitärem Kommunismus und totalitärem Nationalsozialismus aufzuspüren und darzustellen. Hier sollen lediglich einige Anmerkungen zu «Ausflügen» kommunistischer «Bündnis»-Politik in den Bereich der «Aktionseinheit» mit der totalitären, äussersten Rechten gemacht werden.

Einem Dramatiker der französischen Aufklärung, Louis-Sebastian Mercier, wird die Urheberschaft an einer Formulierung zugeschrieben, die gleichsam als Motto, als Generalthema, über diesen Anmerkungen stehen soll. Im «Tableau de Paris», einem gegen Ende des 18. Jahrhun-

derts entstandenen Werk, finden sich die Worte: «Les extrêmes se touchent» – die Extreme berühren sich.

Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), der Vorsitzende der SPD in den Westzonen, der späteren Bundesrepublik Deutschland, der die Kommunisten als «rotlackierte Nazis» bezeichnete, hatte mehrfach die Mit-Schuld der Kommunisten am Niedergang und an der Zerstörung der Republik von Weimar deutlich gemacht. Ein paar Beispiele mögen das belegen:

«Das Schuldbekenntnis ist für die Kommunistische Partei an sich eine Selbstverständlichkeit, denn ohne die Haltung der Kommunisten wäre das Versagen des deutschen Parlamentarismus und damit die Möglichkeit für die Nazis, an die Regierung zu kommen, nicht gegeben gewesen.»

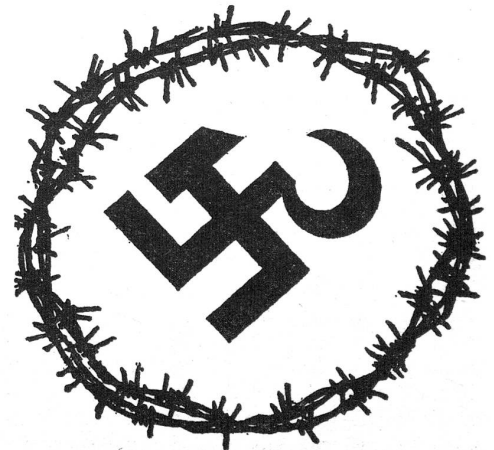
(Aus einem programmatischen Aufruf vom Sommer 1945)

«Wir wollen keine Diktatur. Wir haben den Totalitarismus auf eigenem Boden erlebt. Wir haben die Gewissenlosigkeit der kommunistischen Katastrophenpolitik erfahren, ohne die der Staat von Weimar nicht den Nazis ausgeliefert worden wäre.»

(Rede vor dem Kongress der amerikanischen Gewerkschaft AFL, San Franzisko, 14.10.1947)

«Kurt Schumacher erklärte ausdrücklich..., dass es keine Einheitsfront mit den Kommunisten ge-

ben könne. Er habe eine solche auch aus sehr begreiflichen Gründen im KZ abgelehnt. Die Kommunisten hätten 1932 mit den Nationalsozialisten gemeinsam in Berlin einen Verkehrsarbeiterstreik inszeniert, weil sie auch über Hitler an die Macht kommen wollten. Sie hätten nach 1933 ja



Das Hakenkreuz in Hammer und Sichel. Eine polnische Karikatur von 1982, die von der Exilpresse veröffentlicht wurde. In Polen, wo man seine Erfahrung mit Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus hat, wissen die Leute Bescheid über den Totalitarismus in seinen beiden Gestalten.

auch einen erheblichen Teil ihrer Funktionäre in die SA geschickt. Ob viele von ihnen nicht von selbst übergewechselt waren, das hatte sich nicht klären lassen, aber immerhin, die Schalmeienkapelle des Rotfrontkämpferbundes in Lichtenberg ging geschlossen zur SA über, sie wechselten die Farbe, und der Gegner blieb der gleiche. In der SA-Uniform prügeln sie genau so brutal auf Reichsbannerleute und Sozialdemokraten ein wie zu der Zeit, als sie ihnen in der Rotfrontbluse mit geballter Faust gegenüberstanden.»

(Arno Scholz: Turmwächter der Demokratie – Ein Lebensbild von Kurt Schumacher – Sein Weg durch die Zeit, arani Verlags GmbH Berlin-Grünwald, 1954)

«Ich will hierbei nur darauf hinweisen, dass ja die Kommunisten auch eine wunderbare geistige Ahnenreihe des Nationalbolschewismus, des Nationalkommunismus und, ich möchte sagen: des nationalkommunistischen Militärkommunismus haben. Sie erinnern sich doch, dass in der Weimarer Republik das Jahr 1923 die praktische Geburtsstunde eines deutschen Nationalkommunismus als Ausfluss der Karl-Radek-Politik gewesen ist. Und Sie wissen ja, wie es von da zu Niekisch und Scheringer ging, zur Einheitsfront, zur Volksblockregierung, zum demokratischen Block der Ostzone und jetzt zur nationalen Front der SEP-Kommunisten CEP = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – SED. Ende April 1946 in der SBZ aus der zwangsweisen Vereinigung von SPD und KPD entstanden – Red. did) und ihrer bürgerlichen Satelliten...»

(Dr. Kurt Schumacher, Rede auf dem 4. SPD-Parteitag, Hamburg, 22. Mai 1950)

In ihrer neuesten Ausgabe schreibt die Zeitschrift die DGB-Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, «Einheit», zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers unter anderem:

«Damals nahm die KPD selbst ein gemeinsames Vorgehen zusammen mit den Nazis gegen die SPD und Gewerkschaften hin, weil sie wie die Nazis die demokratische Republik ablehnte und beseitigen wollte...»

Die Historiker der SED und DKP sind sich der Fatalität ihrer unbewältigten Vergangenheit durchaus bewusst: Es fällt ihnen schwer, die Strategie und Taktik der leninistisch-stalinistischen KPD gegen die SPD der Weimarer Republik zu begründen. Kurt Bachmann, Mitglied des Präsidiums der DKP, versucht in einem Interview mit der DKP-Tageszeitung «Unsere Zeit» (7. Januar 1983), den Spieß umzudrehen, die – historisch belegbaren! – Vorwürfe gegen die KPD und deren Rolle im Kampf gegen die Weimarer Republik als «grobe Geschichtsfälschung» hinzustellen und den Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften eine erhebliche Mit-Schuld am Zusammenbruch der Weimarer Republik und an der Machtübernahme durch den Hitlerfaschismus zuzuschreiben – weil diese sich gegen die «Aktionseinheit der ganzen Arbeiterklasse» und gegen die «gemeinsame notwendige Abwehrfront» gesträubt hätten. In gleicher Weise wird Vergangenheitsbewältigung auch in Heft 1/83 der im DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag (Köln) verlegten «Blätter für deutsche und internationale Politik» betrieben:

«Die Weimarer Republik wurde nicht «zwischen Braun und Rot zerrieben», wie die gängige Geschichtsfälschung auch in den offiziellen Geschichtsbüchern unseres Landes lautet. Die Republik ist daran zugrunde gegangen, dass ausser den Kommunisten niemand den entschlossenen Kampf gegen die Nazi-Faschisten aufnahm.

Die Arbeiterbewegung war nicht von Haus aus zu schwach, um den Faschismus zu bezwingen. Hätte die SPD das Angebot der KPD am 20. Juli 1932 zur Einheitsfront und zum Generalstreik angenommen, wäre es zwar mit Gewissheit zu schweren und opferreichen Kämpfen gekommen, aber die Nazi-Faschisten wären gestoppt, unermessliches Leid wäre den Völkern erspart geblieben. Aber die SPD lehnte die Einheitsfront und die Mobilisierung der Arbeiterklasse ab...»

Dagegen Arno Scholz (a. a. O) in einem Bericht über die Jahre 1919/20:

«Obwohl die sogenannten nationalen Kreise wussten, wie schwer es für den jungen Staat war, kommunistischen Aktionen, die noch dazu von Moskau mit sehr viel Geld ausgestattet waren, entgegenzutreten, fielen sie der Republik in den Rücken.

Wenn sich trotz dieses Zusammenspiels des Rechts- und Linksradikalismus die Weimarer Republik damals behaupten konnte, so ist dies allein ein Verdienst der Arbeiterschaft, die in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften ihre politische Führung hatte...»

Als zentrale «Kontaktstelle» der Volksfront-Initiative «Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg / 30. Januar 1933–30. Januar 1983» fungiert der Sekretär des Bezirks Frankfurt/Main der DGB-Industriegewerkschaft Druck und Papier, Heinz Werner Wurstius. Dieser meint, bei der «gemeinsamen Abwehr» von Gefahren – wie die Regierungsübernahme durch angeblich «restaurative Kräfte», die Verwirklichung des Nato-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 usw. – dürfte man sich nicht durch Antikommunismus auseinanderdividieren lassen. Wurstius befürwortet deshalb ausdrücklich die «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» von SPD-Mitgliedern und Kommunisten sowie DGB-Gewerkschaftern, und die «Einheitsfront» bzw. Volksfront von Kommunisten, SPD-Mitgliedern, DGB-Gewerkschaftern, Liberalen, Christen usw.

Die Wochenzeitung der DKP-beeinflussten VVN/BdA, «die tat» (14.1.83) fragte Wurstius, was ihn als Gewerkschafter bewegt, sich für die genannte «Initiative» so zu engagieren. In dem Gespräch mit der «tat» meinte Wurstius in einem historischen Exkurs:

«Der Faschismus konnte, finanziert von namhaften Unternehmern und Bankiers, gefördert von konservativen Politikern und Verlegern, die staatliche Macht nicht zuletzt deshalb erringen, weil die Arbeiterbewegung gespalten war. Die Einheit kam erst zustande als Einheit der Opfer, hinter dem Stacheldraht der Konzentrationslager. Daraus haben die Opfer ihre Lehren gezogen, sie haben ihre Fehler erkannt. Sozialdemokraten wie Kommunisten. Ein sichtbarer Ausdruck dieses Lernens war die Gründung der Einheitsgewerkschaften nach 1945 (sic!).»

Unzählige Sozialdemokraten waren gemeinsam mit Kommunisten in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes. Auch Dr. Kurt Schumacher hatte während seiner Haft mit vielen kommunistischen Leidensgenossen zusammengelebt. Er wusste jedoch die menschliche Solidarität des gemeinsamen Leidens von einer politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten streng zu trennen. Als Kurt Schumacher einmal nach Kriegsende gefragt wurde, ob denn Sozialdemokraten und Kommunisten nicht Brüder seien, antwortete er: «Brüder, ja, ebenso wie Kain und Abel!» Ein hoher amerikanischer Offizier kritisierte 1945 Kurt Schumacher wegen seiner heftigen Angriffe gegen die Kommunisten und wegen seiner schonungslosen Entlarfung ihrer Abhängigkeit von der sowjetischen Machtpolitik: «Vergessen Sie nicht, Herr Dr. Schumacher, dass die Sowjets unsere Verbündeten sind!» – Kurt Schumacher antwortete: «Sie dürfen nicht vergessen, General, dass die Kommunisten unsere Feinde sind!»

Die Kommunisten versuchten – und versuchen – seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer wieder mit allen möglichen Tricks und «bündnis»-politischen «Einstiegsdrogen» die «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» mit SPD-Mitgliedern – und Gewerkschaftern – herzustellen. Kurt Schumacher jedoch wies vor über drei Jahrzehnten derartige Anbiederungsversuche mit den Worten zurück:

«Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der Kommunisten den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen. War die SPD früher der Hauptfeind, so ist sie heute diejenige Partei, für die man sich alleine interessiert.»

### «Sozialfaschisten»

Die offizielle, von Stalin diktierte Linie der KPD-Führung bestimmte in der Zeit der Weimarer Republik, in den Sozialdemokraten als kämpferische Verfechter und Verteidiger einer parlamentarischen Demokratie den Hauptfeind zu sehen. Die KPD-Zeitung «Rote Fahne» schrieb in ihrem Leitartikel vom 22. März 1931:

«Die Sozialfaschisten wissen, dass es für uns mit ihnen kein Zusammengehen gibt. Mit der Panzerkreuzerpartei, mit den Polizeisozialisten, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben. Es gibt in der kommunistischen Partei keinen Menschen mit solchen Illusionen, dass im Bunde mit dem Sozialfaschismus der Faschismus bekämpft werden kann.»

Und noch knapp anderthalb Jahre vor dem Machtantritt Hitlers erklärte der KPD-Führer Ernst Thälmann:

«In der Frage des Hauptstosses gegen die SPD steckt das Kernproblem der kommunistischen Politik in Deutschland.»

(Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD, Berlin 1932)

Auf dem letzten legalen Parteitag der KPD im Juni 1929 im Berliner Wedding behauptete Ernst Thälmann, in einigen Ländern gebe es «eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung, die Form des Sozialfaschismus». Fritz Heckert fügte hinzu:

«Die Durchführung der Kriegspolitik und der Sozialfaschismus, das ist die Plattform, auf die sich die Sozialdemokratie stellt.»

(Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948)

Ein ähnliches, letztlich die Demokratie und die Republik zerstörendes Verhalten legte die KPD, vor allem in den letzten Jahren der Weimarer Republik, gegenüber den freien Gewerkschaften an den Tag. Einerseits wurde Lenins Anweisung, die freien Gewerkschaften zu unterwandern und in ihnen im kommunistischen Sinne tätig zu werden, befolgt, andererseits wurde die Gewerkschaftsbewegung durch die Gründung der «Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten» (RGO) gespalten und auf diese Weise erheblich geschwächt. Die KPD-Zeitung «Rote Fahne» schrieb am 30.3. 1930:

«Als wir vom V. Weltkongress der RGI (= Rote Gewerkschaftsinternationale – Red. did) zurückkamen mit den Beschlüssen der Organisierung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, da gab es noch viele Skeptiker in den eigenen Reihen... Aber wir haben in den entscheidenden Industrien bereits unsere im Kampf geborenen roten Verbände... Wir greifen den konterrevolutionären Apparat des ADGB (= Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund – Red. did) von aussen und von innen an. Wir steuern konsequent auf die Schaffung roter Gewerkschaften in ganz Deutschland.»

### Über Hitler zum Sieg des Kommunismus

Beispielhaft für die von Stalin der KPD aufoktrozierte Strategie und Taktik ist ein Gespräch zwischen diesem und dem KPD-Spitzenfunktionär Heinz Neumann Ende 1931. Neumanns Lebensgefährtin berichtet:

«Während dieser Unterhaltung, die Ende 1931 stattfand, suchte Heinz seine Politik mit der zunehmenden Bedrohung durch die Nazis zu verteidigen. Stalin unterbrach ihn und fragte: «Glauben Sie nicht auch, Neumann, dass, falls in Deutschland die Nationalsozialisten zur Macht kommen

sollten, sie so ausschliesslich mit dem Westen beschäftigt sein würden, dass wir in Ruhe den Sozialismus aufbauen könnten?»»

(Margarete Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart 1957)

Vielleicht noch deutlicher – und entlarvender – ist ein Bericht des damaligen Chefredakteurs der SPD-Zeitung «Vorwärts», Friedrich Stampfer, über seine Unterredungen mit dem sowjetischen Botschafter in Berlin, Chintschuk, und dessen Sekretär Winogradow:

«Eines Tages im Januar 1933 erklärte er mir, leider hätten weitere Unterhaltungen wenig Sinn, denn in Moskau sei man überzeugt, dass in Deutschland erst Hitler zur Macht kommen müsse, bevor ein Sieg des Kommunismus zu erwarten sei. Wenige Tage darauf war Hitler ernannt.»

(Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957)

### KPD auf «Schlageter-Kurs»

Im Jahre 1923 oktroyierte Karl Radek, einer der einflussreichsten Funktionäre des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) und Vertrauter Stalins, der KPD den «Schlageter-Kurs» und die Taktik des «Nationalboltschewismus» auf (Albert Leo Schlageter, Offizier und Freikorpskämpfer; wegen Beteiligung an Sabotageaktionen gegen die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet wurde Schlageter im April 1923 verhaftet, von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und in der Golzheimer Heide bei Düsseldorf am 26. Mai 1923 erschossen).

Am 20. Juni 1923 hielt Radek vor dem EKKI eine in der gesamten kommunistischen Presse gross herausgebrachte Rede, in der er unter anderem sagte:

«Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-herrlich gewürdigt zu werden... Wir wollen alles tun, dass Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern

Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden!»

(Die «Rote Fahne», 26. Juni 1923)

Ruth Fischer, die im Mai 1923 als «Linke» in das Zentralkomitee der KPD gekommen war, erklärte vor völkischen Studenten:

«Das deutsche Reich... kann nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutsch-völkischen Seite, erkennen, dass Sie gemeinsam mit den Massen kämpfen müssen, die in der KPD organisiert sind... Wer gegen das Judenkapital aufruft, ... ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiss... Tretet die Judenkapitalisten nieder, henkt sie an den Laternen auf, zertrampelt sie!»

(Zitiert nach Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948)

Bevor der bereits erwähnte Heinz Neumann die Nationalsozialisten als die Hauptgefahr erkannt hatte und sich – Ende 1931 – vor dieser Gefahr warnend an Stalin wandte, sah er offensichtlich in den Nationalsozialisten «Bündnis»-Partner oder auch zumindest keine Feinde. Ossip K. Flechtheim berichtete (a. a. O.) über eine nationalsozialistische Veranstaltung mit Joseph Goebbels in Berlin-Friedrichshain, auf der Heinz Neumann gesagt hatte:

«Junge Sozialisten, tapfere Kämpfer der Nation! Die Kommunisten wollen keinen Kampf mit den Nationalsozialisten.»

### Gemeinsame Aktionen NSDAP/KPD

Sehr bald zogen Kommunisten und Nationalsozialisten an dem einen Strang, mit dem der ohnehin schon todkranken Weimarer Republik vollends der Garaus gemacht werden sollte. In einer rot-braunen «Aktionseinheit» sollte im August 1931 die sozialdemokratische Regierung von Preussen gestürzt werden. Margarete Buber-Neumann berichtet (a. a. O.):

«Im Herbst 1930 führte der Stahlhelm, also die Deutschnationalen unter Hugenberg, gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei und den Nationalsozialisten, ein Volksbegehren zum Sturz der sozialdemokratischen Preussenregierung unter Braun-Severing durch... Die Mitglieder der KPD lehnten dieses «faschistische Manöver» entschieden ab... Einige Zeit später reagierte die KPD auf das Volksbegehren getreu ihrer Linie im Zweifrontenkampf mit einer «Volksaktion gegen Faschismus und Preussenregierung». Nachdem das Volksbegehren die für die Durchführung eines Volksentscheides notwendigen 20 Prozent Wählerstimmen erhalten hatte, begann die «Nationale Opposition» ihre Kampagne für den Volksentscheid, der am 9. August 1931 stattfinden sollte. Einige Wochen vor diesem Termin erhielt die KPD-Führung eine Weisung aus Moskau, sich an diesem Volksentscheid zu beteiligen...

Am 9. August 1931, dem Tage der Abstimmung zum Volksentscheid, prangten vor den Wahllokalen die roten Fahnen mit Hammer und Sichel neben den roten Hakenkreuzfahnen. So hatte es Stalin gewünscht...»

Der Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Regierung von Preussen endete mit einer



Zur Zeit vom Hitler-Stalin-Pakt 1939: Hitler empfängt den Sowjetbotschafter Schkarszew (links) und General Purkajew, den sowjetischen Militärattaché in Berlin.

Niederlage. Doch ein Jahr später, im November 1932, kam es erneut zu einer fatalen rot-braunen Aktionseinheit. Arno Scholz berichtet (a. a. O.): *«Im November 1932 kam es zu einem gemeinsamen Verkehrsstreik der Nationalsozialisten und Kommunisten in Berlin. Beide Gruppen taten ja alles, um die wirtschaftliche Depression zu verstärken und die Zahl der Erwerbslosen zu erhöhen, weil sie glaubten, aus diesen neue Anhänger gewinnen zu können. Die Kommunisten liessen sich von Moskau die Parole vorschreiben: «Über Hitler kommen wir an die Macht.»»*

Über den «wilden» Streik bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) Anfang November 1932 («Stauend erlebte die Öffentlichkeit, wie Kommunisten und Faschisten gemeinsam streikten. Arm in Arm wollten sie es den freien Gewerkschaften und der Republik zeigen.» – ötv-Magazin 11/82) lesen wir in den vom ehemaligen «Ostbüro der SPD» herausgegebenen «Ostpolitischen Heften» Nr. 3/63, «Zur Geschichte der KPD/SED»:

*«Noch schmählicher (als das Verhalten der KPD beim Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Regierung von Preussen – Red. did) war das Verhalten der unter Ulbrichts Leitung stehenden Berliner KPD im November 1932, also unmittelbar vor Hitlers Machteroberung, beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Da die Gewerkschaften den Streik nicht genehmigt hatten, eine Mehrheit der Verkehrsarbeiter aber für den Streik gestimmt hatte, rief die KPD zu einem «wilden» Streik auf. In der damaligen Situation konnte eine solche*

*Aktion nur Wasser auf die Mühlen der Nazis sein. Die NSBO (= Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation – Red. did) schloss sich dann auch dem Streik sofort an. In diesen Tagen sah man in Berlin alte Kommunisten mit Nazis zusammen als Streikposten vor den Betrieben stehen, – den gleichen Nazis, die zwei Monate später ihre Mörder wurden. Gemeinsam verhinderten sie freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Arbeiter an der Arbeitsaufnahme. Als der Streik zusammenbrach, war der damalige erste Sekretär in Berlin-Brandenburg, Walter Ulbricht, der erste, der heftige Kritik an jenen Parteimitgliedern übte, die die Einheitsaktion mit den Nazis nicht genügend unterstützt hatten...»*

### Von Braun zu Rot

Richard Scheringer, auch auf dem 6. Parteitag der DKP im Mai 1981 wieder in den Bundesvorstand dieser Partei gewählt, wurde am 4. Oktober 1930 wegen eines «hochverräterischen Unternehmens» vom Reichsgericht in Leipzig zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft verurteilt, nachdem er sich im Dienste der NSDAP illegal in der Reichswehr betätigt hatte. Prominentester Prozesszeuge war damals der NSDAP-Führer höchstpersönlich – Adolf Hitler. Nach seiner Haft schloss sich Scheringer der KPD an und bemühte sich, im «Aufbruchkreis» rechts- und linksradikale Gegner der Weimarer Republik zusammenzuführen. Nach Ausbruch des Krieges 1939 wandte sich Scheringer über den späteren Generalfeldmarschall von Reichenau mit der Bit-

te an Hitler, ihn als Kriegsfreiwilligen mit seinem alten Dienstgrad einzuberufen. Als «tapferster Offizier der Division» richtete Artillerie-Hauptmann Scheringer an der Ostfront mit grossem Erfolg seine Geschütze gegen die kommunistischen Genossen. Als Scheringer nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seines Verschweigens seiner NS-Vergangenheit Staatssekretär a. D. geworden war, widmete er sich der Aufgabe, ehemalige Funktionäre des «Reichsnährstandes» der kommunistisch beeinflussten «Arbeitsgemeinschaft für Forst- und Landwirtschaft» zuzuführen. Scheringer wirkte auch massgeblich am östlich finanzierten «Führungsring ehemaliger Soldaten» mit, der vor allem Ex-Nazis und frühere deutsche Offiziere im Sinne Moskaus gegen die sogenannte «Remilitarisierung der Bundesrepublik» mobilisieren sollte. Alt-Nazi-Kommunist Scheringer gehört seit «Neukonstituierung» der DKP im September 1968 ihrem Parteivorstand als «Agrar-experte» an.

### Der Stalin-Hitler-Pakt

Eines der unheilvollsten Rot-Braun-«Bündnisse», das Millionen von Menschenleben forderte und nachhaltig die Entwicklung der Geschichte des 20. Jahrhunderts beeinflusste, war der Stalin-Hitler-Pakt von 1939. Das totalitäre aggressive Sowjetsystem verbündete sich mit dem ebenso totalitären aggressiven nationalsozialistischen System.

Am 23. August 1939 wurde dieser Pakt mitsamt dem geheimen Zusatzabkommen über die Aufteilung Polens und anderer Gebiete vereinbart. Am 31. August 1939 ratifizierte ihn der Oberste Sowjet der UdSSR, und am nächsten Tag, am 1. September 1939, drangen die Armeen Hitlers in Polen ein. Gemäss der Vereinbarung mit Hitler rückten am 17. September 1939 auch sowjetische Truppen in das unglückliche Land ein.

Führende deutsche Stalinisten wie Ulbricht, Matern, Pieck, Oelssner, Wollweber richteten ihre damalige politische Tätigkeit in den westlichen Ländern, in die deutsche Kommunisten emigriert waren, auf die Schwächung des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Aggression. Der Verteidigungskrieg der Westmächte wurde von Ulbricht als «imperialistischer Krieg» diffamiert, der von Kommunisten nicht unterstützt werden dürfe.

Die Stalinisten verrieten damals all die deutschen Antifaschisten, die mit Recht keine Veranlassung sahen, ihren Widerstand innerhalb und ausserhalb Deutschlands etwa wegen des Hitler-Stalin-Paktes abzuschwächen. 470 deutsche Antifaschisten, die in die Sowjetunion vor dem nazistischen Terror geflüchtet waren, wurden von Stalins Geheimpolizei, der «Geheimen Staatspolizei» (Gestapo), Hitler ausgeliefert. Margarete Buber-Neumann, eine von ihnen: «Mir war, als würden Gräber geöffnet.»

Am 22. Juni 1941 zerbrach der Pakt. Deutsche Truppen marschierten in die Sowjetunion ein. Stalin musste die von ihm früher beschimpften Westmächte um Hilfe gegen den ehemaligen «Vertragspartner» bitten. Doch das Konzept, auch «Rechts-Links-Bündnisse» herzustellen, wenn es die Taktik erfordert, wurde keinesfalls ad acta gelegt. ■



Aufgrund der mit Hitler ausgehandelten Aufteilung Europas marschiert die Rote Armee 1939 in die litauische Hauptstadt Wilna ein.

# Frieden! Um welchen Preis?

TM 50 – *Wladimir Bukowski*

## Pazifisten gegen den Frieden

Friedensbewegung und Sowjetunion

Die Friedensbewegung als Instrument sowjetischer Aussenpolitik.

1983, 52 S., br., SFr. 9.– / DM 10.–

TM 49 – *Daniel Frei*

## Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?

Eine kritische Überprüfung alternativer Verteidigungskonzepte

Wissenschaftliche Untersuchung der Theorien über einseitige Abrüstung, soziale Verteidigung und Gradualismus.

1983, 64 S., Taf., br., SFr. 9.80/DM 11.20

TM 46 – *Hans Rapold*

## Frieden wagen – Frieden sichern?

Zur Diskussion über Sicherheit und Abrüstung

Ein sachlicher, fundierter Beitrag zur Friedensdiskussion.

1982, 69 S., ill., br., SFr. 9.80 / DM 11.20

# Zeitfragen im Visier

TM 48 – *Erhard Hutter*

## Der manipulierte Genosse

Wahrheit und Konstruktion in sowjetischer Information

Beschreibt aus eigener Anschauung die Rolle der Massenmedien zur Beeinflussung der Bevölkerung.

1982, 87 S., br., SFr. 9.50 / DM 10.80

TM 45 – *Peter Sager*

## Europa – Ball oder Spieler?

Zerstrittene Macht im Fadenkreuz der Weltpolitik

6 Arbeiten zur Stellung Europas in der heutigen und künftigen Weltpolitik

1982, 101 S., br., SFr. 11.– / DM 12.50

TM 43 – *Peter Sager*

## Jugendkrawalle

Symptom einer Fehlerziehung

1980, 63 S., br., SFr. 6.80 / DM 7.80

TM 47 – *Peter Sager*

## Fallbeispiel Falkland

Ein Orientierungsmodell

Vorwort von alt Bundesrat F. T. Wahlen

1983, 69 S., br., SFr. 9.80 / DM 11.20

TM 44 – *Michael Bader*

## Extremisten im öffentlichen Dienst

Juristische und politische Aspekte

Untersuchung über die Gefahr der Unterwanderung durch Extremisten

1981, 96 S., br., SFr. 9.80 / DM 11.20

TM 42 – *Vladimir Predavec*

## Die Narrenschaukel

Spätmarxisten zwischen Utopie und Wirklichkeit

1980, 80 S., br., SFr. 7.80 / DM 8.90

### Bestellcoupon

Einsenden an  
Buchhandlung SOI  
Postfach  
3000 Bern 6

- \_\_\_ Ex. Bukowski, Pazifisten  
\_\_\_ Ex. Frei, Friedenssicherung  
\_\_\_ Ex. Rapold, Frieden wagen  
\_\_\_ Ex. Hutter, Genosse  
\_\_\_ Ex. Sager, Falkland  
\_\_\_ Ex. Sager, Europa  
\_\_\_ Ex. Bader, Extremisten  
\_\_\_ Ex. Sager, Jugendkrawalle  
\_\_\_ Ex. Predavec, Narrenschaukel

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

VERLAG SOI  
POSTFACH  
CH-3000 BERN 6